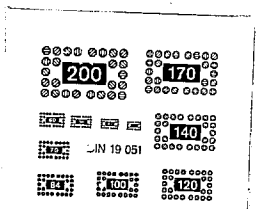

Politik

Aktuelle Informationen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Nr. 1

Mai 1981

„Neue Medien"

Aktionsprogramm der SPD zu den neuen Techniken im Medienbereich

(Langfassung)

Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn Bibliothek

C 97 - 01006

Vorwort

Revolutionäre technische Entwicklungen im Kommunikationsbereich, vor allem Kabel- und Satellitenfernsehen, machen Entscheidungen notwendig, die über die Frage der Einführung neuer Technologien oder über Medienpolitik im traditionellen Sinne weit hinausgehen; es geht zugleich darum, wie das menschliche und gesellschaftliche Miteinander in Familie, Nachbarschaft und staatlicher Gemeinschaft, wie das Gesicht unseres Landes in Zukunft aussehen soll.

Helmut Schmidt verglich die Tragweite dieser Entscheidungen für unsere Zukunft mit denjenigen über die Kernenergie. Der Mangel einer umfassenden politischen Diskussion bei Einführung der Kernenergie, der uns erst in den letzten Jahren schmerzhaft bewußt geworden ist, sollte uns nachdenklich machen. Die deutsche Sozialdemokratie stellt ganz bewußt die Frage: Haben wir nicht bereits heute ein Übermaß an passivem Medienkonsum und einen Mangel an unmittelbarer und aktiver menschlicher Kommunikation? Brauchen wir wirklich die Flut von zusätzlichen Fernsehprogrammen, welche über Kabel und Satelliten technisch möglich ist? Unsere Antwort auf diese Frage ist mehr als skeptisch.

Wir halten eine solche Programmvermehrung — vor allem unter kommerziellen Vorzeichen — nicht für gut, geschweige denn für vordringlich. Für uns steht in diesem Bereich wie überhaupt beim Thema „Technologiepolitik der Zukunft" die Frage im Vordergrund: Muß alles, was technisch möglich ist, tatsächlich gemacht werden?

Weil die SPD hier eine der wichtigsten Gestaltungsaufgaben der Zukunft sieht, hat sich die Kommission Medienfragen beim Parteivorstand intensiv mit diesen Fragen befaßt und am 27. März 1981 ein „Aktionsprogramm zu den neuen Techniken im Medienbereich" beschlossen. Es soll einen Anstoß für eine noch breitere Diskussion geben.

Wir meinen, daß Medienpolitik nicht ein Tummelplatz für Experten und Bindestrich-Politiker bleiben darf. Vielmehr müssen die Bürger als Betroffene selbst über die Gestaltung ihrer Zukunft mitentscheiden. Das setzt voraus, daß sie darüber informiert werden, was mit Programmvermehrung und „Neuen Medien" auf sie und die künftigen Generationen zukommen kann. Die SPD wird auf der Grundlage dieses Aktionsprogramms einen umfassenden Dialog mit allen Gruppen der Bevölkerung führen und dem Bürger klipp und klar sagen, was auf ihn zukommt.

Peter Glotz

Vernünftiger Umgang mit wertvollen Rohstoffen

Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn Bibliothek

I. Vorbemerkungen und Grundsätze

1. Zur Entscheidung steht, wie unser Land in Zukunft aussehen soll.

Technische Entwicklungen im Bereich der elektronischen Massenkommunikation machen Entscheidungen notwendig, die von zentraler Bedeutung, nicht nur für die Medienordnung, sondern für die zukünftige gesellschaftliche Entwicklung unseres Landes insgesamt sind.

Satellitenrundfunk und Breitbandkabel als neue Übertragungstechniken sowie die Zuteilung zusätzlicher UKW-Frequenzen eröffnen Möglichkeiten, die Fernseh- und Hörfunkprogramme wesentlich zu vermehren.

Eine merkbare Vermehrung des Programmangebots und die damit verbundenen Konsequenzen für die Medienordnung haben massive Auswirkungen auf die Privatsphäre und das öffentliche Leben.

Die medienpolitische Entscheidung, ob eine solche Entwicklung in Gang kommen soll, ist somit gleichzeitig eine Entscheidung darüber,

- wie die Entwicklung und Erziehung unserer Kinder verlaufen soll,
- wie das Zusammenleben in unseren Familien und das gesellschaftliche Miteinander aussehen soll,
- von welchen Kräften die öffentliche Meinungsbildung beherrscht wird
- und wie sich unsere politische Kultur insgesamt entwickeln wird.

Die SPD sieht daher in der Medienpolitik eine der wichtigsten Gestaltungsaufgaben für die Zukunft unseres Landes.

2. Die Einführung der neuen Medientechnologien ist eine politische Entscheidung.

Die SPD tritt für eine bewußte politische Gestaltung der Zukunft und das „Prinzip Verantwortung" bei der Technologiepolitik ein; das gilt auch für die Entwicklung der neuen technischen Kommunikationsmöglichkeiten. Die Menschen müssen die Technik beherrschen, statt sich von ihr beherrschen zu lassen. Die SPD wendet sich daher gegen die von interessierter Seite bewußt verbreitete „Sachzwangideologie" bei der Einführung neuer Kommunikationstechnologien.

Die technische Entwicklung überrollt uns nicht im Selbstlauf. Ihre Einführung beansprucht erhebliche volkswirtschaftliche Ressourcen. Der mit der jetzigen Kupfertechnik mögliche und von der Opposition geforderte Aufbau eines bundesweiten, flächendeckenden Verteilnetzes, das wesentlich dem Satelliten- und Kabelfernsehen dienen würde, würde den Einsatz von öffentlichen Mitteln in der Größenordnung von weit über 60 Mrd. DM erfordern. Derartige Ausgaben allein für die Vermehrung von Fernsehprogrammen sind nicht zu rechtfertigen, zumal ein ausgereiftes terrestrisches Netz zur Rundfunk-Vollversorgung existiert. In unserer Gesellschaft gibt es im nächsten Jahrzehnt Wichtigeres zu tun.

Die SPD wendet sich gegen den von interessierter Seite in der Öffentlichkeit vermittelten Eindruck, als „sei schon alles gelaufen". Die suggestive Behauptung, „es sei politisch nichts mehr zu entscheiden", ist angesichts des tatsächlich erforderlichen Einsatzes öffentlicher Mittel und angesichts der sozialen und politischen Folgen der neuen Übertragungstechniken ebenso falsch wie gefährlich. Sie erweckt beim Bürger das Gefühl von demokratischer Ohnmacht. Damit wird die resignierte Abwendung von der Politik verstärkt.

Wer sagt, der Einsatz von öffentlichen Geldern in dieser Höhe „komme von allein", untergräbt die Glaubwürdigkeit der parlamentarischen Demokratie.

3. Die Bürger müssen vor den anstehenden medienpolitischen Entscheidungen informiert und in die Entscheidungen einbezogen werden.

Die Einführung neuer Medientechnologien ist keine Entscheidung, die die interessierte Industrie, die Medienkonzerne und die Medienexperten allein zu treffen haben. Diese Entscheidung trifft uns alle hautnah. Sie muß daher, wie es das Bundeskabinett am 26. 9. 1979 beschlossen hat, „mit großer Sorgfalt vorbereitet und vom Bürger mitgetragen werden".

Es geht darum, **mit** dem Bürger zu diskutieren und nicht nur **über** den mündigen Bürger zu reden und gleichzeitig unter der Hand Fakten zu schaffen, denen er sich nicht mehr entziehen kann. Die Diskussion mit allen gesellschaftlichen Gruppen **heute** und nicht erst, wenn die Entwicklung den Bürger überrollt hat, ist daher eine der kurzfristig zu lösenden Hauptaufgaben der Medienpolitik.

Sozialdemokraten haben dieser Diskussion in der Vergangenheit wesentliche Anstöße gegeben, während andere Parteien durch vorgeschobene und irreführende Parolen diesem Dialog auszuweichen und damit am Bürger vorbei Entscheidungen durchzusetzen versuchen. Die SPD legt hiermit ein Aktionsprogramm zu den neuen Technologien im Medienbereich vor. Sie will damit Anstöße für eine noch breitere Diskussion geben.

4. Nicht alles, was technisch möglich ist, muß gemacht werden.

Hörfunk und Fernsehen sind attraktive Medien. Sie haben viel zur Verbesserung und zur Verbreiterung der Informationen in unserem Land beigetragen.

Der Fernsehkonsum wirft aber in vielen Familien schon heute große Probleme auf. Viele stellen sich die Frage, ob wir mehr Fernsehprogramme und ihre Ausweitung auf andere Tageszeiten wirklich brauchen.

Die Erfahrungen in anderen Ländern belegen, daß ein vermehrtes Programmangebot — vor allem kommerzieller Art — in der Regel nicht zu mehr Vielfalt, sondern zu einer Vereinheitlichung und Verflachung des Programmangebots führt. Und sie zeigen, wie total die

C 97 - 01006

Menschen häufig von der Fernsehwelt in Anspruch genommen werden.

Es gibt keine Anzeichen dafür, daß die Mehrheit der Deutschen diese Welt will. Viele treten dafür ein, auch einmal nein zu sagen. Es gibt deshalb derzeit keinerlei Grund, die Programme zu vermehren, zumal die dafür notwendigen Investitionen viel Geld kosten würden und, sobald die Technik es erlaubt, das bundesweite Angebot zahlreicher deutschsprachiger Programme möglich wäre.

Die SPD tritt für **bessere** Programme ein; die Produktion neuer Programme hält sie nicht für vordringlich. Sie wird die öffentliche Debatte aus diesem Grund um den Grundsatz führen, ob alles, was technisch möglich ist, in diesem Bereich gemacht werden muß und noch dazu teuer bezahlt werden soll. Dabei spielen wir uns nicht als Vormund des Bürgers auf. Dieser hat im übrigen durch die immer mehr in Anspruch genommene Technik der Videokassetten und Bildplatten zunehmend die Möglichkeit zu individueller Programmauswahl. Wir behaupten nicht, daß der Bürger ein oder zwei weitere Programme nicht verkraften könnte, aber wir fragen nach dem Sinn hoher Investitionen der öffentlichen Hand und der Ausgaben, die bei einer Programmvermehrung auf jeden einzelnen Fernsehzuschauer zukämen, ohne daß er sich dessen bewußt ist. Die SPD fordert alle politischen Kräfte auf, sich dieser Debatte zu stellen und sie nicht mit ideologischen Schlagworten zu befrachten.

Die SPD bittet zugleich die interessierten gesellschaftlichen Gruppen, die Gewerkschaften und Kirchen, die Vereine und Verbände und alle Bürger unseres Landes, in ihren Bereichen die Diskussion um diese Grundsatzfrage zu fördern.

5. Wir sind gegen die Kommerzialisierung des Rundfunks und für Reformen in den bestehenden Rundfunkanstalten.

Die öffentlich-rechtliche Rundfunkordnung in unserem Land hat sich bewährt; bestehende Mängel können durch Reformen korrigiert werden. Es bedarf keiner Systemveränderung. Es gibt berechtigte Kritik an manchen Entwicklungen in den bestehenden Rundfunkanstalten, ebenso wie auch viel Kritik an der Presse in dieser Gesellschaft nötig wäre. Die Bundesrepublik ist aber insgesamt mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk gut gefahren. Wir haben im internationalen Vergleich vorzügliche Programme. Der Beitrag der Rundfunkanstalten zur Beteiligung unserer Mitbürger am politischen Geschehen war und ist von großer Bedeutung. Angesichts dieser Verdienste ist es leichtfertig, dieses System insgesamt wegen einzelner – im übrigen korrekturfähiger Mängel – in Frage zu stellen. Das ist auch kurzsichtig. Man würde mit der Kommerzialisierung von Hörfunk und Fernsehen am Ende keinen besseren, sondern einen schlechteren Zustand erreichen. Kommerzieller Rundfunk spricht den Zuschauer notwendigerweise in erster Linie als Käufer und Konsumenten an und würde eine Spirale der Programmverflachung herbeiführen.

Deshalb tritt die SPD für die Erhaltung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ein. Sie fordert dazu auf, zu einer sachlichen und fairen Kritik der bestehenden Zustände zurückzukehren. Sie fordert die Rundfunkanstalten auf, Ansätze zu bürokratischen Verkrustungen, die Neigung zu kommerziellen Verhaltensweisen und Tendenzen zu einer willfährigen Parteipolitisierung zu bekämpfen und zu versuchen, zu einer effektiveren Wirtschaftsführung zu kommen. Die SPD ist bereit, deutliche Signale für eine Rücknahme des Parteieneinflusses zu setzen. Wir sind bereit, entsprechende Maßnahmen mit anderen Parteien zu erörtern und für alle verbindliche Entscheidungen zu treffen.

Bisher gibt es in der Bundesrepublik eine Art Kräftebalance zwischen der privatwirtschaftlichen Presse und dem öffentlich-rechtlich organisierten Rundfunk. Bundeskanzler Helmut Schmidt hat in seiner Regierungserklärung vom 24. November 1980 dieses „historisch gewachsene publizistische Gleichgewicht" mit Recht als einen wichtigen Grundkonsens hervorgehoben.

Dieses Gleichgewicht lag und liegt auch im Interesse der Verleger und Verlage. Dennoch setzen einige Verleger in der Bundesrepublik auf die Ausweitung des Fernsehprogrammangebots als einen Weg zu einer Kommerzialisierung des Rundfunkwesens insgesamt. Sie verkennen dabei die Tatsache, daß eine solche Entwicklung nicht nur zu kritischen Folgen für die Privatsphäre der Bürger, sondern auch zu einem neuen Konzentrationsschub im Zeitungswesen führen kann. Die Konkurrenz um Einschaltquoten und Werbung, die Konkurrenz um Programmangebote – wie Spielfilme und Serien – wäre nur von großen unternehmerischen Einheiten zu bestehen. Dies läßt sich aus Erfahrungen in Ländern wie Japan, USA und Italien ableiten. Am Ende hätte damit die Ausweitung des Programmangebots und die Kommerzialisierung zu einer weiteren Einschränkung der publizistischen Vielfalt im Medienbereich geführt, zum Schaden der Allgemeinheit und um den Preis der Existenz vieler heute noch selbständiger Verleger und Zeitungen.

Die SPD wirbt bei den für die Presse Verantwortlichen, besonders bei Verlegern und Journalisten, aus den erwähnten Gründen für einen behutsamen Umgang mit dem wertvollen Gut unserer freiheitlichen Medienordnung. Dies gilt auch deswegen, weil privatwirtschaftliche Produzenten, einschließlich der Verleger, schon jetzt Programmaufträge für das Fernsehen durchführen. Diese bewährte privatwirtschaftliche Programmzulieferung unter öffentlich-rechtlicher Verantwortung stellt einen wirtschaftlich und publizistisch sinnvollen Weg der Beteiligung auch der Verleger an den „neuen" elektronischen Medien dar. Die SPD sieht wegen dieser Gründe und wegen der erwähnten Interessenidentität noch immer eine große Chance zum Konsens.

Wenn es zu diesem Konsens nicht kommen sollte, dann wird die SPD dafür eintreten, daß die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten alle Chancen und Rechte bekommen, um in dem zu erwartenden Konkurrenzkampf zu bestehen und so weiterhin ihrem besonderen Auftrag gerecht zu werden.

6. Die Skepsis gegenüber einer Vermehrung des Fernsehprogrammangebots beeinträchtigt die technologischen und industriepolitischen Chancen der Bundesrepublik nicht, eher im Gegenteil.

Wir sind für kommunikationstechnische Innovationen dort, wo sie Arbeitsplätze langfristig sichern, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft verbessern und das Leben am Arbeitsplatz erleichtern.

Die SPD tritt deshalb für eine Förderung der modernen Kommunikationstechnologien im geschäftlichen, technischen und individuellen Bereich ein. Dem widerspricht die Skepsis gegenüber der Programmvermehrung **nicht.** Die Befürworter der Programmvermehrung und der Flächenverkabelung der Bundesrepublik interessieren sich vornehmlich für eine Verkabelung, die die massenmediale Programmverbreitung möglich macht. Das ist ein wenig anspruchsvolle Technik.

Die nach Einschätzung vieler Fachleute technologisch viel interessantere Nutzung der Kabelkommunikation betrifft die geschäftliche und Individualkommunikation. Für Industrie, Verwaltung, Bundespost, Banken, Versicherungen, Handel, Handwerk und den Dienstleistungsbereich liegen große Chancen und Investitionsmöglichkeiten in diesem Bereich der technischen Kommunikation. Kommunikationsdienste für Wirtschaft und Verwaltung, die Übertragung von Daten und Texten, der Ausbau von Dialog- und Abrufdiensten, Konferenzschaltungen und schnelles Fernkopieren sind wichtige Infrastrukturmaßnahmen für unsere Volkswirtschaft. Der Ausbau dieser Netze erfordert im Gegensatz zu den reinen Fernsehverteilnetzen eine sehr viel fortgeschrittenere Technik. In diesem Bereich liegen daher größere industriepolitische Chancen.

Die schrittweise Modernisierung des Telefonnetzes der Bundespost und seine Erweiterung hin zu einem integrierten System auf Glasfaserbasis schaffen langfristig mehr Arbeitsplätze und größere Exportchancen als die propagierte Verlegung von konventionellen Kabelverteilnetzen.

7. Wir sind für den freien Fluß der Information zwischen den Ländern Europas und der Welt und den Austausch von Programmen, die dem Kennenlernen der Völker und ihrer Kulturen dienen. Aber wir sind dagegen, daß ein Land kommerzielle Programme für andere Länder ausstrahlt und so die Medienordnung dieser Länder verletzt.

Technisch wird es möglich sein, daß vom direktsendenden Fernsehsatelliten eines Landes auch Randbereiche, je nach Empfangstechnik auch weitere Bereiche eines anderen Landes erreicht werden. Damit ermöglicht das Satellitenfernsehen einerseits den Empfang von originären Programmen unserer Nachbarländer und könnte daher, insbesondere wenn zusätzlich eine Programmzusammenarbeit stattfindet, dem Kennenlernen und besseren Verständnis unserer Nachbarn dienen. Andererseits könnte es für Interessengruppen attraktiv sein, ein Fernsehprogramm speziell für ein anderes Land zu machen und dieses Programm über Werbung zu finanzieren.

Eine solche Absicht ist nicht im Sinne der internationalen Abreden. Verabredet ist, daß Fernsehsatelliten der jeweiligen nationalen Versorgung dienen sollen. Auch ein Ausschluß der Verbreitung von ausländischen Satellitenprogrammen über inländische **Kabel** wäre zulässig, wenn diese sich nicht an die Regelungen bezüglich der Rundfunkwerbung halten, wie sie für die Bundesrepublik gelten (so jüngst der Europäische Gerichtshof).

Es widerspricht dem Geist guter Nachbarschaft, wenn ein Land sich dazu aufschwingt, ein anderes Land mit kommerziellen Fernsehprogrammen zu überstrahlen. Ein ausländisches, gezielt auf den Werbemarkt und die Zuschauer in der Bundesrepublik ausgerichtetes Fernsehprogramm würde im Konkurrenzkampf der Fernsehprogramme um den begrenzten Werbekuchen zur allgemeinen Kommerzialisierung führen. Hohe Einschaltquoten, die zwangsläufig das Ziel der Werbung sein müssen, würden zur obersten Programmaxime. Doch nicht nur die wirtschaftliche und publizistische Grundlage der bestehenden Rundfunkanstalten, sondern auch die der Presse, vor allem der Zeitschriften, würde bedroht. Der Kampf um die knapper werdenden Werbegelder würde zu einer Verschärfung der Pressekonzentration und damit zu einem wachsenden Verlust an publizistischer Vielfalt in unserem Lande führen.

Es liegt im Interesse unserer Partner in Europa, zu erkennen, wie die Rechtslage ist. Der Start eines solchen auf ein anderes Land gerichteten Satellitenprogramms würde kein Geschäft, wenn die Bundesrepublik ihre Rechte wahrnimmt.

Medienpolitische Empfehlungen und Entscheidungen

1. Breitbandverkabelung/Kabelfernsehen

a) Der Aufbau eines bundesweiten integrierten Fernmelde-Breitbandnetzes in Glasfasertechnologie, in dem alle heutigen und künftigen Fernmeldedienste und die Hörfunk- und Fernsehprogramme übertragen werden, kostet etwa 100 bis 150 Mrd. DM. Er kann aus technologischen Gründen frühestens Mitte der 80er Jahre begonnen werden und wird 20–30 Jahre in Anspruch nehmen.

In der Zwischenzeit wird die bedarfsorientierte Verkabelung in der bereits heute zur Verfügung stehenden Technik durch die Post weitergehen, und zwar:

- für bereits existierende und neue elektronische Dienstleistungen für Wirtschaft und Verwaltung: z.B.: Datenfernverarbeitung, schnelles Fernkopieren, Teletext, Dialog- und Abrufdienste etc.
- zur Sicherstellung eines guten Fernsehempfangs im Bereich von geographisch oder hochhausbedingten Abschattungen, zur Versorgung von Neubaugebieten mit Antennenverbot u.a.

Ab Mitte der 80er Jahre dürfte die optische Nachrichtenübertragung durch Glasfaser in Konkurrenz zum Kupferkabel treten. Auch im öffentlichen Fernsprechnetz dürfte es bei Neu- und Ersatzbedarf wirtschaftlicher sein, breitbandige Glasfaserkabelnetze für alle Fernmeldedienste statt schmalbandiger Kupferleitungen zu verlegen.

b) Die SPD fordert daher für dieses integrierte Fernmeldenetz eine **Netzausbaustrategie,** die den für die Wirtschaft und Verwaltung wichtigen modernen Kommunikationsdiensten Vorrang einräumt. Dieses Netz wird auch für Hörfunk- und Fernsehverteilung geeignet sein. Der Ausbau von speziellen flächendeckenden Netzen nur für die Verteilung von Hörfunk- und Fernsehprogrammen ist hingegen nicht zu verantworten. Bei diesem Vorgehen ist es möglich

- den Bedarf von Wirtschaft und Verwaltung an modernen Telekommunikationsdiensten und Nachrichtentechnologien voll zu befriedigen und
- die Entwicklung und industrielle Anwendung dieser für unsere Volkswirtschaft bedeutsamen Technologien der 80er und 90er Jahre zu unterstützen. Damit werden Innovationskraft und Exportchancen der deutschen nachrichtentechnischen Industrie gestärkt und die Arbeitsplätze in diesem Bereich und bei der Bundespost langfristig sicherer gemacht, als wenn die Bundespost, der größte nationale Auftraggeber der Industrie, ihre Investitionen in Technologien ohne Innovationsimpuls lenkt. Damit würden auch Doppelinvestitionen für technisch in absehbarer Zeit überholte Verteilnetze vermieden.

c) Wie bisher soll die Trägerschaft für Fernmeldenetze ausschließlich bei der Deutschen Bundespost bleiben. Dies gilt gerade auch für integrierte Breitbandnetze. Die DBP bleibt beim Ausbau der Netze und bei der Festsetzung der Gebühren den Prinzipien der Wirtschaftlichkeit und auch der gleichmäßigen Versorgung verpflichtet; dies schließt Privatinitiativen bei der Verkabelung im Rahmen der technischen und rechtlichen Regelungen nicht aus.

d) Die vor einigen Jahren beabsichtigten Investitionen der Deutschen Bundespost für eine flächendeckende Verkabelung von 11 Städten wurden zurückgestellt, weil sie weder technisch noch ökonomisch sinnvoll waren, und weil sie nicht revidierbare medienpolitische Fakten geschaffen hätten. Diese Mittel werden jetzt im gesamten Bundesgebiet für den Ausbau von Inselnetzen an den Stellen eingesetzt, wo dies zur Verbesserung des Empfangs erforderlich ist. Es wird damit der Empfang ortsüblicher Programme verbessert. Von einem Investitionsstau kann keine Rede sein.

Es gibt heute rd. 2,5 Millionen Haushalte, die an private Großgemeinschaftsantennen angeschlossen sind. Eine flächendeckende Verkabelung in großem Stil aus öffentlichen Mitteln und in einer nicht mehr zukunftsträchtigen „Kupfertechnologie" lehnt die SPD ab.

2. Kabelpilotprojekte

a) Die SPD hat sich trotz ihrer Skepsis gegenüber dem „Kabelfernsehen" im Mai 1978 mit den Ministerpräsidenten der CDU/CSU-regierten Länder auf die Durchführung von vier Kabelpilotprojekten verständigt, um vor allem inhaltlich neue Formen der Kommunikation (wie Lokalfernsehen, offener Kanal und Rückkanal) zu erproben. Die SPD-regierten Länder haben sich zu dem damaligen Beschluß in der Erwartung bereitgefunden, daß der Konsens über die Erhaltung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in der Bundesrepublik bis zum Abschluß der Kabelpilotprojekte zu erhalten ist und auch von den CDU/CSU-regierten Ländern eingehalten wird. Obwohl inzwischen ein Teil der CDU/CSU offen die Kommerzialisierung des Rundfunkwesens in der Bundesrepublik verficht, haben sich die SPD-Ministerpräsidenten mit dem Kronberger Beschluß noch einmal darauf verständigt, Kabelpilotprojekte durchzuführen bzw. mitzufinanzieren. Sie haben damit ihren Willen dokumentiert, ein Minimum an Gemeinsamkeit in der Rundfunkpolitik der Länder zu erhalten.

Diese Haltung läßt sich jedoch nicht weiter vertreten, wenn einzelne Länder die Voraussetzungen für diesen Kompromiß zerstören. Wenn in Teilen der Bundesrepublik unabhängig vom Ausgang der Pilotprojekte vollendete Tatsachen geschaffen werden sollen, wird der Kronberger Beschluß von diesen Ländern torpediert.

Wenn Kabelpilotprojekte für die Rundfunkgebührenzahler und ihren Einzugsbereich keine Bedeutung mehr haben, weil das betreffende Land eine Entscheidung ohne Berücksichtigung der Pilotprojekte schon trifft, dürfen diese Rundfunkgebührenzahler nicht zu einer Mitfinanzierung von Pilotprojekten herangezogen werden.

Die Situation wird noch weiter dadurch erschwert, daß die bisherigen Kostenkalkulationen der Pilotprojekte in Größenordnungen geraten, die angesichts der gegenwärtigen ökonomischen Situation und der Lage der öffentlichen Haushalte nicht nur unrealistisch sind, sondern nicht zu verantworten wären. Selbst wenn alle Bedenken gegen eine Verwendung von Rundfunkgebühren für die Kabelpilotprojekte überwunden werden könnten, würden die zur Verfügung stehenden Mittel niemals ausreichen, um die bisher kalkulierten Kosten der Pilotprojekte aufzubringen.

b) Deswegen macht die SPD folgende Vorschläge, die eine Realisierung der Pilotprojekte ermöglichen sollen:

- Die SPD steht zu dem Beschluß der Ministerpräsidenten, daß die Projekte rückholbar sein müssen, d.h. nach ihrer Durchführung muß die politische Entscheidung über Fortführung oder Einstellung möglich bleiben.
- Reduzierung der Größenordnung
  Um die gegenwärtig besonders angespannte Haushaltslage in Bund und Ländern zu berücksichtigen, wird der Umfang der Projekte entscheidend reduziert. Dies bedeutet, daß von den finanziellen und technisch-organisatorischen Aufwendungen her keine faktischen Zwänge zum Weitermachen gesetzt werden. Das bedeutet u.a.:

In der gegenwärtigen Situation, die Einsparungen an vielen Stellen der öffentlichen Haushalte erzwingt, sind Kabelpilotprojekte, die insgesamt Hunderte Millionen von Mark kosten sollen, nicht zu verantworten. Ein beträchtliches „Abspecken" der Projekte ist notwendig. Statt einer Zahl von weit über 20 000 Teilnehmern, wie bei einigen Projekten vorgesehen, reichen nach Auffassung der SPD geringere Teilnehmerzahlen aus. Außerdem sollen nicht in allen Projekten jeder der technisch bzw. programmlich aufwendigen Dienste, wie Rückkanal und Lokalfernsehen, gleichzeitig ausprobiert werden. Auch bei einer Aufgabenteilung sind ausreichende Testergebnisse zu erzielen.

- Realistische Testanlage
  Die Versuche müssen realistisch angelegt sein. Das bedeutet, daß für Verkabelung und Programm vom Teilnehmer Gebühren erhoben werden, die einem später denkbaren Dauerbetrieb jedenfalls in der Größenordnung entsprechen; d.h. weiter, daß keine Anschlüsse geschenkt, und auch die Geräte allenfalls in dem Maße subventioniert werden, daß ihr Erwerb zu Preisen möglich wird, die normalen Umständen nach einer eventuellen bundesweiten Einführung des Kabelfernsehens entsprechen.
- Begleitforschung
  Notwendig ist eine sorgfältige wissenschaftliche Begleitung durch objektive Sachverständige.
- Bürgerbeteiligung
  Es sollte die Möglichkeit der Mitwirkung des Bürgers im Rundfunk (offener Kanal, Zweiweg-Kommunikation) erprobt werden. Dabei sollte aber z.B. das Experiment mit interaktiven Diensten auf nur einen Teil der angeschlossenen Teilnehmer begrenzt sein.

c) Die SPD fordert die Ministerpräsidenten der CDU/CSU-regierten Länder, insbesondere aber die Ministerpräsidenten der Länder Niedersachsens und Baden-Württembergs auf, eindeutig zu erklären, daß sie während der Laufzeit der Kabelpilotprojekte die gewachsene Rundfunkordnung der Bundesrepublik nicht verändern werden.

Sollten einzelne CDU/CSU-regierte Länder unabhängig vom Ausgang der Kabelpilotprojekte jetzt bereits die Entscheidung vorwegnehmen, für die in den Pilotprojekten erst die Beurteilungsgrundlagen ermittelt werden sollten, würde dadurch der bisher angestrebte Kompromiß unmöglich gemacht. Die SPD wird darin Vereinbarungen unter den sozialdemokratisch und sozial-liberal regierten Ländern zur multilateralen Finanzierung von Kabelmodellversuchen anstreben.

3. Deutsche Fernsehsatelliten

a) Nach internationalem Fernmelderecht stehen der Bundesrepublik für einen direktsendenden Rundfunksatelliten fünf Fernsehkanäle zur Verfügung.

b) Bisher gibt es lediglich eine Entscheidung über den Testsatelliten (**präoperationellen** Fernsehsatelliten). Er wird aus industriepolitischen Gründen mit etwa 330 Mio. DM von der Bundesregierung gefördert (Vorleistungen nicht eingerechnet). Darüber hinaus trägt sie zum Bau der dafür vorgesehenen Trägerrakete mit öffentlichen Geldern in Höhe von etwa 110 Mio DM bei. Zu solchen Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen sahen sich in der Bundesrepublik private Investoren außerstande.

c) Die möglicherweise ab 1983 zur Verfügung stehenden 3 Versuchskanäle des Testsatelliten sollten für technische Experimente verwandt werden. Als Versuchsprogramm im Fernsehbereich sollten ausschließlich Testbilder, Testsendungen oder laufende Programme der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten übertragen werden.

d) Direktsendende Rundfunksatelliten versprechen gewisse Exportchancen vor allem in großflächige Länder ohne ausreichende terrestrische Versorgung (z.B. Entwicklungsländer) oder zur Nachrichtenübertragung (z.B. Videokonferenzen in den USA) in Industriestaaten.

Die staatliche Förderung des **präoperationellen** Satelliten braucht nicht notwendigerweise einen Einsatz als Rundfunksatellit für die Bundesrepublik nach sich zu ziehen. Die Erprobung der Einsatzfähigkeit zur Förderung der Exportinteressen ist auch durch den Versuchssatelliten gewährleistet. Zudem würde ein möglicher Einsatz solcher Satelliten für andere Übertragungsdienste, die technologisch anspruchsvoller sind als die reine Programmverbreitung, die Leistungsfähigkeit dieser Technologie weitaus besser dokumentieren.

e) Die SPD spricht sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt u.a. aus finanzpolitischen Gründen gegen die Nutzung von direktsendenden Rundfunksatelliten in der Bundesrepublik zur Programmverbreitung aus. Der Einsatz des Rundfunksatelliten würde den Rundfunkteilnehmer mit Investitionskosten für eine dafür notwendige Parabolantenne belasten. Eine solche Investition kann nur erwartet werden, wenn über den Satellit zusätzliche Programme verbreitet werden. Ein deutscher Rundfunksatellit und die Ausstattung der Bundesbürger mit Satellitenempfangsanlagen würden den Anreiz für kommerzielle ausländische Veranstalter erhöhen, Programme für unser Land zu produzieren und abzustrahlen. Potentielle ausländische Programmveranstalter warten nur auf diese „Vorleistung" des deutschen Steuerzahlers. Die Bundesrepublik Deutschland gehört aber zu den bestversorgten Ländern der Welt, sowohl was die Zahl wie die Qualität der Programme angeht.

Ein eigener Rundfunksatellit ist auch aus deutschlandpolitischen Gründen nicht sinnvoll. Aus technischen Gründen dürfte der Empfang etwaiger westdeutscher Satelliten-Programme in der DDR praktisch kaum möglich sein. Würden z.B. Satelliten die terrestrische Versorgung ersetzen, so würde dies den innerdeutschen Informationsaustausch eher verschlechtern.

Falls zu einem späteren Zeitpunkt die politische Entscheidung für den (weiteren) Betrieb eines deutschen Funk- und Fernsehsatelliten fallen sollte, dann sollte er in erster Linie in den Dienst europäischer und weltweiter Verständigung und Kooperation gestellt werden. In diesem Falle sollten die unter anderem von den Rundfunkanstalten vorbereiteten Konzepte für eine Zusammenarbeit der europäischen Sendeanstalten und eine Verbesserung des Programmaustausches (Euro-Programme) „auf der Grundlage der Prinzipien öffentlich-rechtlicher Rundfunk- und Fernsehorganisation" (Beschluß des Europa-Parteitages 1978) zugrundegelegt werden. Zur Zeit greifen solche Pläne der tatsächlichen Entwicklung weit vor.

Ausländische Fernsehsatelliten

a) Das Satellitenfernsehen ermöglicht in Teilen unseres Landes den Empfang von Satellitenprogrammen anderer Länder. Solche Programme können dem Kennenlernen und besseren Verständnis unserer Nachbarn dienen, wenn es sich wirklich um eigene, die Kultur und das Zeitgeschehen spiegelnde Programme handelt.

b) Anders sind die Absichten einiger kommerzieller Rundfunkveranstalter zu sehen, über ausländische Satellitensender ein speziell auf fremde Werbemärkte, besonders der Bundesrepublik, zielendes Programm abzustrahlen. (Radio-Tele-Luxemburg in Verbindung mit dem Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger, schweizerisch-britische TEL-SAT AG). Sie bergen die Gefahr, Kommerzfernsehen vom Ausland zu „importieren". Dabei würde nicht nur unsere Rundfunkstruktur unterlaufen; durch den Abzug von Werbegeldern würde zusätzlich die wirtschaftliche und publizistische Grundlage der bestehenden Rundfunkanstalten sowie der Presse gefährdet.

c) Von den Befürwortern des „Privatfernsehens" wurde erkannt, daß Rundfunksatelliten auch als Hebel zur Einführung des kommerziellen Rundfunks in der Bundesrepublik dienen können. Seit einigen Jahren wird daher versucht, in der öffentlichen Meinung den Eindruck zu erwecken, daß sich die Überstrahlung unseres Landes durch zahllose ausländische Fernsehsatelliten mit kommerziellen Programmen nicht aufhalten lasse.

Dabei wird z. B. übersehen, daß die Bundesrepublik ein Land mit großem Frequenzmangel ist. Deshalb kann sie nicht darauf verzichten, die den anderen Ländern ausschließlich für deren **nationale** Versorgung zugewiesenen Satellitenfrequenzen im Bundesgebiet für eigene Funkdienste im terrestrischen Bereich (z. B. Richtfunk) zu nutzen. Nach den Ergebnissen der Genfer Satelliten-Rundfunkkonferenz 1977 (WARC 77) hat sie das Recht dazu.

Dem steht auch nicht das Prinzip des „free flow of information" entgegen. Es regelt den freien Fluß von **Informationen** zum Zwecke des Kennenlernens der Völker. Bereits in der UNESCO-Erklärung von 1972 wurde jedoch zwischen Informationsaustausch und grenzüberschreitenden Werbesendungen unterschieden: Der Austausch von Werbeprogrammen soll danach in besonderen Vereinbarungen zwischen ausstrahlendem und empfangendem Land geregelt werden.

Die SPD tritt daher entschieden dafür ein, daß wir eine europäische Rundfunkkonvention oder wenigstens bilaterale Absprachen anstreben, um eine Fremdkommerzialisierung unserer insgesamt freiheitlichen Medienordnung zu verhindern und schädliche Folgen für die wirtschaftliche Grundlage unserer Presse, unserer Funk- und Fernsehanstalten und unserer Bürger abzuwenden.

4. Neue Textkommunikationsformen (Video- und Bildschirmtext)

a) Seit dem 1. Juni 1980 laufen befristete Feldversuche für Videotext und Bildschirmtext; Kabeltext wird zur Zeit nicht erprobt.

In Düsseldorf/Neuss und Berlin läuft aufgrund landesgesetzlicher Regelung seit 1. Juni 1980 ein bis spätestens 1983 befristeter Versuch mit begrenzter Teilnehmerzahl für **Bildschirmtext** (Informations- und Dienstleistungsangebote über Telefonkabel und Fernsehbildschirm) unter wesentlicher Beteiligung der DBP.

Bundesweit läuft seit 1. Juni 1980 ein für zwei Jahre befristeter Versuch mit Videotext aufgrund Vereinbarung der Veranstalter. Die Verantwortung liegt bei ARD und ZDF, 15 von 75 Schrifttafeln stellen fünf überregionale Zeitungen zur Verfügung. Gesetzliche Regelungen sind nicht getroffen worden, da die Länder übereinstimmend davon ausgehen, daß die Ausstrahlung über die sog. „Austastlücke" der vorhandenen Fernsehsender als „Rundfunk" anzusehen ist.

b) Die Entwicklungsmöglichkeiten und die Anwendungsbreite dieser Textkommunikationsformen sind noch nicht absehbar. Ihre medienpolitische Bedeutung wird auch davon abhängen, ob diese neuen Kommunikationsformen der Tagespresse Konkurrenz machen werden. Zur Zeit wird die Akzeptanz dieser Techniken durch den einzelnen Bürger wegen der relativ hohen Geräte- und Nutzungskosten als relativ gering eingeschätzt.

Bei Videotext handelt es sich um Rundfunk. Beim Bildschirmtext liegt der medienpolitisch wichtige Aspekt, nämlich der Abruf der für die Allgemeinheit bedeutsamen Informationen, zwischen Presse und Rundfunk. Nach Abschluß der laufenden Versuche in Düsseldorf und Berlin soll endgültig über die Einführung und rechtliche Zuordnung entschieden werden. Der Teil des Bildschirmtextes, der Informationen ohne publizistische Inhalte insbesondere von Teilnehmer zu Teilnehmer vermittelt, ist reiner Fernmeldedienst und damit medienpolitisch nicht relevant.

Die SPD wird die Endberichte der Begleituntersuchungen zu den Modellversuchen prüfen. Bei der Entscheidung über eine Einführung dieser Kommunikationsdienste müssen die sozialen und arbeitsmarktpolitischen Auswirkungen mitbedacht werden. So

kann Videotext dazu beitragen, den hörgeschädigten Mitbürgern die Teilnahme am Fernsehprogramm zu ermöglichen.

Schlußbemerkung

Angesichts der großen Bedeutung, die Funk, Fernsehen, die „neuen Medien" und die neuen Kommunikationstechniken für das Leben aller Bürger haben, muß gesellschaftliche Mitgestaltung und Kontrolle dieser Medien erhalten bleiben und gesichert werden. Sie dürfen nicht kommerziellen Interessen einzelner ausgeliefert werden. Dies könnte, zum einen wegen der bedenklich fortgeschrittenen Konzentration im Pressewesen, die durch Art. 5 des Grundgesetzes garantierte Meinungs- und Informationsfreiheit beeinträchtigen. Dies könnte zum anderen, zum Beispiel bei unbegrenzter Programmvermehrung, unabsehbare Auswirkungen auf das Zusammenleben der Menschen in der Familie, der Nachbarschaft und in der Gesellschaft haben.

Die jetzt anstehenden medienpolitischen Fragen sind zu wichtig, als daß sie den Medien- und Technologie-Experten überlassen werden dürfen. Die Bürger als Betroffene müssen selbst über die Gestaltung ihrer Zukunft mitentscheiden. Deshalb wird die SPD eine breite öffentliche Diskussion beginnen. Es besteht kein Grund zu überhasteten Entscheidungen. Wer jetzt drängelt, setzt sich dem Verdacht aus, über die Köpfe der Bürger hinweg seine politischen und wirtschaftlichen Interessen durchzudrücken.

Herausgeber: Vorstand der SPD, Abt. Presse und Information, 5300 Bonn 1 — Bestell-Nr.: 200 294
NVV Druck&Service! Godesberger Allee 108–112, Bonn — 5-81 A 1-2